

ÖKOWELT

FOTO: CC BY-SA 2.0, LIJI IINARA/FLICKR



Etwa neuneinhalb Millionen Tonnen Plastikmüll gelangen jedes Jahr ins Meer. Ein internationales Abkommen soll dem Einhalt gebieten.

INTERNATIONALES PLASTIKABKOMMEN

Gegen die Kunststoffflut

Joël Adami

Die Weltmeere sind voller Plastik. Nicht nur das Problem ist global – nun soll es endlich auch die Lösung sein. In zwei Jahren soll ein internationales Plastikabkommen stehen.

Masken, Handschuhe, Schnelltests – nach zwei Jahren Pandemie sind viele Menschen etwas desensibilisiert, was das Plastikproblem angeht. Es besteht jedoch nach wie vor. Neuneinhalb Millionen Tonnen Plastik gelangen jährlich ins Meer. Das schätzt eine Studie aus dem Jahr 2020, die im Fachmagazin *Science* erschien. Wie viel Plastik jährlich auf der Erde in die Umwelt gelangt, dazu fehlen Berechnungen. Wenn sich nichts ändert, könnte sich die Menge des nicht fachgerecht entsorgten Plastikmülls verdoppeln.

In Luxemburg ist es nach einer Pilotphase in einigen Gemeinden nun für alle Einwohner*innen möglich, den Großteil ihrer Plastikabfälle in den „blauen Sack“ zu geben. Das reduziert zwar den Restmüll, vermittelt aber auch das eventuell trügerische Gefühl, dass ohnehin alles recycelt wird. Im Oktober 2018 beschloss die EU ein Verbot der gewissen Einweg-Plastikprodukten: Teller und Besteck, Wattestäbchen, Strohhalme, Luftballon-Haltestangen und andere Produkte sind seit Juli 2021 verboten. Diese Initiative wurde allerdings auch als Reaktion auf Chinas Importverbot für Plastikmüll gesehen.

Eine internationale Lösung für das Plastikproblem fehlte bislang. Das soll sich nun ändern, wie 173 Länder im Rahmen der UN-Umweltversammlung

UNEA beschlossen haben. Die am 2. März 2021 beschlossene Resolution sieht vor, bis Ende 2024 ein internationales Plastikabkommen auszuarbeiten. „In einer Zeit, in der in Europa ein neuer erschreckender Krieg geführt wird, stellt diese Resolution einen großen Sieg des Multilateralismus dar. Sie wird es uns ermöglichen, die weltweite Verschmutzung durch Plastik schneller, effektiver und mit größerem politischen Gewicht zu bekämpfen“, freute sich die Luxemburger Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) in einer Pressemitteilung.

So wichtig wie das Pariser Abkommen

Inger Andersen, die Exekutivdirektorin des UN-Umweltprogramms bezeichnete das Übereinkommen als wichtigste multilaterale Vereinbarung seit dem Pariser Klimaabkommen und sprach von „einem Triumph des Planeten Erde über Einwegplastik“. Ob dem wirklich so sein wird, müssen die Verhandlungen zeigen, denn bisher gibt es nur das Versprechen, ein Abkommen auszuhandeln.

„Wir hoffen, dass das Abkommen möglichst weit oben im Lebenszyklus von Plastik ansetzen wird“, erklärte Alexandra Caterbow von „Exit Plastik“ der *woxx* am Telefon. Das Bündnis der deutschen Zivilgesellschaft ist Teil der internationalen „break free from plastic“-Bewegung und hat Forderungen aufgestellt, die im besten Fall in das Abkommen einfließen sollten. Anders als beim Klima sollte es für das Plastik im Idealfall nur ein einziges bindendes Abkommen und

keine ständigen Verhandlungen geben, meinte Caterbow: „Internationale Verträge über Chemikalien wie das Stockholmer Übereinkommen oder die Rotterdam-Konvention zeigen, dass diese Instrumente meist sehr streng sind.“

Abgesehen davon, dass das geplante Abkommen sämtliche Schritte im „Leben“ von Kunststoff, von der Produktion bis zur Entsorgung, abdecken müsse, sind laut Caterbow aber auch andere Aspekte von Bedeutung: „Es sollten möglichst viele gefährliche Chemikalien in Kunststoffen vermieden werden, denn diese gelangen sonst in die Umwelt. Außerdem muss eine Verpflichtung zu verbindlichen nationalen Aktionsplänen festgelegt werden.“ Ein anderer wichtiger Aspekt erinnert an die zähen Verhandlungen bei Weltklimakonferenzen: Hilfe für arme Staaten. „Technische und finanzielle Unterstützung für Länder des globalen Südens muss unbedingt auch ein Aspekt des Abkommens sein“, so die Aktivistin. Der aktuelle Trend, dass reiche Länder viel Plastik konsumieren und ihn dann in arme Länder exportieren, müsse gebrochen werden – die Recyclingquoten seien nicht so gut, wie sie aussähen.

Waschmaschinen gegen Mikroplastik

Ein Großteil des Plastikproblems schwimmt unsichtbar als Mikroplastik im Meer herum: Bis zu zwei Drittel der gesamten Plastikverschmutzung in den Ozeanen könnte als kleine, mit bloßem Auge kaum erkennbare

Partikel vorliegen. Dieses Mikroplastik stammt aus unterschiedlichen Quellen: Von Kosmetikprodukten, größeren Plastikteilen, die sich langsam zersetzt haben, Reifenabrieb und synthetischen Textilien. Eine Studie des Nicholas Institute for Environmental Policy Solutions, die weltweit Plastikgesetzgebungen untersucht hat, hat ergeben, dass Gesetzgeber*innen sich vor allem auf Kosmetikprodukte konzentrieren. Lediglich ein Politikinstrument hat sich mit Reifenabrieb beschäftigt – es sollten mehr Daten gesammelt werden.

Es sei zwar nicht nur Mikroplastik ein Problem, erklärte Caterbow, aber hier gäbe es viele Ansätze, um ihn zu vermeiden: Kunstrasen könne man ohne Granulat herstellen und Filter in Waschmaschinen einbauen, in denen Mikroplastik aus Textilien aufgefangen würde. Da das meiste Mikroplastik bei den ersten Wäschen ausgewaschen wird, könnte man die Kleidung auch vor dem Verkauf in speziell ausgerüsteten Maschinen waschen.

Für die Verhandler*innen, die bis Ende 2024 ein internationales Plastikabkommen ausarbeiten sollen, wird der Druck hoch sein. Einerseits braucht der Planet ein ambitioniertes und strenges Regelwerk für Kunststoff, andererseits werden neben den Umwelt-NGOs sicherlich auch die Lobbyist*innen der Industrie aktiv sein. Auch Caterbow mahnt zur Vorsicht: „Wie viele Firmen und Industrieverbände die Nachricht, dass ein internationales Plastikabkommen verhandelt werden soll, gefeiert haben, hat mich schon stutzig gemacht.“